

Die Tabaksteuervorlage.

In Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Der Steueraus-
schuß des Reichstags setzte Freitag nachmittag die
allgemeine Besprechung über die Tabaksteuervor-
lage fort.

Ein fortschrittlicher Redner führte aus, daß zwar
bei einem Posttarif von einem Notbehelf gesprochen werden
könne, nicht aber bei einer auf die Konsumenten abzuwälzen-
den Verbrauchssteuer. Nach dem Kriege werde man wahr-
scheinlich den Tabak noch einmal heranholen; so würde man
zwar das Provisorium los werden, aber die doppelte und drei-
fache Unruhe haben. Es wäre besser, bis nach dem Kriege zu
warten, um dann ein Definitivum zu schaffen. Des Redners
Partei wolle kein Gesetz schaffen, das zum Monopol als
letzte Verzweiflungstat führe. Mit der Besteuerung der Ziga-
retten könne sie sich eher befreunden. Vor allem seien di-
rekte Steuern, also eine nochmalige Erhebung des Wehr-
beitrags einzuführen.

Ein polnischer Abgeordneter erklärte, daß bei der
großen Teuerung des Tabaks und der allgemeinen Teuerung
eine derartige höhere Besteuerung ganz unmögliche Verhält-
nisse schaffen würde. Viele vom Zigarrenhandel lebende Krie-
gerfrauen würden durch diese Steuer die selbständige Existenz
verlieren. Die Regierung arbeite jetzt schon auf ein zukünftiges
Tabakmonopol hin. Die Stellung seiner Partei zur
Vorlage kann der Redner noch nicht angeben.

Der Reichschatzsekretär gab nicht zu, daß der
Tabak sich nicht für eine Poststeuer eigne. Eine Garantie, daß
die jetzige Besteuerung für alle Zeiten endgültig bleibe, kann
er nicht übernehmen. Bei der Zigarette behalte sich die
Regierung für die Zukunft alles vor. Wenn der Schatzsekre-
tär im März 1916 gesagt habe, daß er, soweit es die Ver-
hältnisse gestatten, ohne Kriegsteuer auskommen wolle, so
habe er dabei nicht daran gedacht, daß der Krieg noch so lange
dauern würde.

Ein Vertreter der sozialdemokratischen Fra-
ktion berief sich auf seine eigenen Erfahrungen als Tabak-
arbeiter zum Beweise für die Schädigung der Tabakarbeiter
durch eine solche Steuer. Ein Tabakmonopol sei bei 48 000
Betrieben sehr schwierig einzuführen. Auch könnte das nur
bei Geldüberflutungen geschehen.

Der Schatzsekretär erwiderte, daß er sich über das
Monopol nicht äußern wolle. Die Regierung werde nach dem
Kriege sehen, wie unsere Arbeitskräfte am besten zu beschäf-
tigen sind. Aber trotzdem scheute sich der Staatssekretär, jetzt
schon irgendwie sich für ein Monopol zu erwärmen. Die
Schwierigkeiten seien gewiß groß.

Ein Zentrumsredner begrüßte dankbar das Ent-
gegenkommen der fortschrittlichen Volkspartei. Man habe
sich ja auch bei der Kriegsgewinnsteuer geeinigt, seine Nachbarn
zur Rechtsentsprechung zu beeinflussen, damit neben indirekten
auch direkte Steuern geschaffen werden. Die Möglichkeit
zur Einmütigkeit des Reichstages bestehe. Wenn nach dem
Friedensschluß doch ein neuer Eingriff für den Tabak komme,
dann sei es sehr bedenklich, jetzt die Steuer zu machen. Für
den heutigen Zeitpunkt sprächen Bequemlichkeitsgründe; aber
ein Provisorium ist bei der Tabakbesteuerung nicht möglich.
Neber eine Erhöhung der Zigarettensteuer lasse sich
weit eher reden. Auch des Redners Partei wolle den heimischen
Tabakbau fördern. Aber das könne nicht durch Steuern ge-
schehen, wie man überhaupt nicht zu große Hoffnungen auf die
Förderung des heimischen Tabakbaues setzen dürfe.

Der Reichschatzsekretär erklärte, die Belastung
beim Tabak so gewählt zu haben, daß er hoffe, in Zukunft
damit auszukommen. Man hätte gern eine noch stärkere Be-
lastung gehabt, habe sich aber schließlich auf den jetzigen Vor-
schlag geeinigt. Man werde in Zukunft sehr ungern eine
neue Form der Besteuerung schaffen; aber mehr
könne er nicht sagen.

Ein weiteres Mitglied der sozialdemokratischen
Fraktion verlangte Beachtung des einmütigen Wider-
spruchs aller Tabakarbeitergewerkschaften gegen die Vorlage,
denen sich die Organisationen der graphischen Gewerbe an-
schließen. Man möge die Vorlage ablehnen und dafür den
Wehrbeitrag wiederholen.

Ein nationalliberaler Abgeordneter äußerte große
Bedenken vom Standpunkt des heimischen Tabakbaues, wes-
halb mit aller Vorsicht an die Sache herangegangen werden
müsse. Eine geringe Erhöhung des Wertzolles wäre annehm-
bar, besonders, wenn Stundung zugestanden wird. Auf die
ganz verschiedenen Meinungen der Interessenten könne man
sich nicht stützen. Jedenfalls wäre der jetzige Zeitpunkt, in dem
die Abwälzung wegen der großen Nachfrage viel leichter sei,
das kleinere Übel. Die Zigarettenindustrie mit ihren nur
18 000 Arbeitern und ihren Dividenden von über 30 Prozent
könne auch zahlen.

Der Reichschatzsekretär gab der Hoffnung Aus-
druck, daß auch die endgültige Reform bei den Sähen der
jetzigen Vorlage stehen bleiben könne.

Ein weiteres Mitglied der sozialdemokratischen
Fraktion führte aus, eine rein inländische Zigarre würde jetzt
12 Bfg. kosten. Wenn der Staatssekretär diese Zigarre eine
Woche lang rauchen müßte, so würde er von seinen Plänen
gründlich kuriert sein. Die Steuer bedeute eine Katastrophe
für das Zigarrengewerbe. Der Redner der soz. dem.
Arbeitsgemeinschaft sprach gleichfalls entschieden
gegen das Gesetz und forderte Garantien für die Arbeiter nach
dem Vorbild des Kaligesehzes.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter, in dessen Wahl-
kreis besonders viele kleine Tabakerzeuger leben, die zugleich
keine Landwirte sind, wünschte sehr, daß von der Erhöhung
der Zigarettensteuer jetzt abgesehen werde. Ein Konservati-
ver Redner sprach sich für das Monopol aus, erklärte sich
gegen die Wehrsteuer und forderte stärkere Förderung des ein-
heimischen Tabakbaues, besonders auch als Schutzwehr gegen-
über der Zigarette.

Die allgemeine Besprechung kam zu Ende. Die nächste
Sitzung soll erst Dienstag oder Mittwoch stattfinden, da die
Fraktionen erst unter sich beraten wollen.